

7. Fazit: Die Potenziale des Ehrenamtes als Ressource der Selbst- und Nächstenhilfe nutzen

Die systematische Rekonstruktion der engagementspezifischen Wandlungsprozesse zwischen 1985 und 2009 lässt keinen Zweifel daran, dass sich sowohl die Erscheinungs- und Ausdrucksformen des freiwilligen Engagements als auch dessen gesamtgesellschaftliche Wahrnehmung in diesem Zeitraum grundlegend verändert haben. Erinnert sei hier exemplarisch an die Ausbreitung von Freiwilligenagenturen, die politische Rede vom Bürgerengagement als Produktivitätskraft und Heilmittel gesellschaftlicher Krisen, das gestärkte Selbstbewusstsein der neuen Ehrenamtlichen, die Klagen der traditionellen Ehrenamtsorganisationen über nachlassende Engagiertenzahlen, die hohe Nachfrage nach kurzen knackigen Freiwilligenjobs oder die Stilisierung Freiwilliger zum unverzichtbaren Element des zukünftigen »Pflegedreiecks«. Diese Einzelentwicklungen zeigen, dass das freiwillige Engagement in den letzten drei Jahrzehnten in der Tat, wie einleitend formuliert, aus dem Schatten der traditionellen Wohlfahrtsorganisationen ins Licht der wissenschaftlichen, medialen und politischen Aufmerksamkeit getreten ist. Die individuelle Freizeitgestaltung des Einzelnen avanciert im Zuge dessen vor allem in der politischen Wahrnehmung zur potenziellen Zeitspanne für freiwilliges Engagement, dem die Bedeutung einer gesellschaftlichen Produktivitätsressource zugeschrieben wird, die es zu heben gelte. Die Potenziale des Ehrenamtes als Ressource der Selbst- und Nächstenhilfe zu nutzen, stellt somit die Leitidee des politischen Umgangs mit freiwilligem Engagement seit Mitte der 1990er Jahre dar. Im nachfolgenden Resümee werden zunächst die zentralen Ergebnisse dieser Untersuchung überblicksartig zusammengefasst und abschließend eine kurze Einschätzung der Zukunftstauglichkeit des aktuellen sozialpolitischen Umgangs mit dem freiwilligen Engagement der Bürger gegeben.

Vor dem Hintergrund der allgemeinen Feststellung, dass das Ehrenamt in den letzten Jahrzehnten einen doppelten Wandlungsprozess, sowohl hinsichtlich seiner öffentlichen Wahrnehmung als auch mit Blick auf seine strukturellen und motivationalen Bedingungen, durchlaufen hat (Heinze/Olk 1999: 78), wurde in der Einleitung die grundlegende Zielsetzung formuliert, die Charakteristika dieses (Be-)Deutungs- und Gestaltwandels des freiwilligen Engagements in Deutschland im Zeichen engagementspezifischer Krisendiagnosen und wohlfahrtsstaatlicher Transformationsprozesse zwischen 1985 und 2009 zu erfassen. Erkenntnislei-

tend war in diesem Kontext die Frage, welche Konsequenzen sich aus der aktivierungspolitischen Durchdringung des Engagementfeldes im Zuge des aktivierenden Sozialstaatsumbaus für den gesellschaftlichen Umgang mit freiwilligem Engagement im Sinne einer neuen Regierung der Freiwilligkeit ergeben. Hieraus resultierte wiederum eine doppelte Untersuchungsperspektive: Erstens galt es, den unterstellten Wandel vom alten traditionellen Ehrenamt zum engagementspezifischen Produktivitätsparadigma empirisch nachzuweisen und hierbei zu prüfen, inwiefern das freiwillige Engagement seit der Jahrtausendwende mit den typischen Verhaltensanforderungen der neosozialen Aktivierungsprogrammatik, wie Eigenverantwortung oder allseitige Aktivität, konfrontiert wird. Da die Neuverhandlung des freiwilligen Engagements ihren wohl sichtbarsten Niederschlag in der schrittweisen Etablierung einer staatlichen Engagementpolitik in Deutschland seit der Jahrtausendwende gefunden hat, widmete sich diese Forschungsarbeit zweitens dem Ziel, sowohl die bereits in den 1980er Jahren einsetzenden diskursiven Konflikte um die institutionelle Dimension der Engagementförderung nachzuzeichnen als auch die Verwobenheit der Wissensbestände der engagementbezogenen Aktivierungsprogrammatik mit den engagementpolitischen Maßnahmen des Bundes seit Ende der 1990er Jahre offenzulegen.

Angesichts dieser doppelten Untersuchungsperspektive wurde auch für die Präsentation der empirischen Ergebnisse ein zweistufiges Darstellungsformat gewählt, das sich an den beiden zentralen Erkenntnisdimensionen dieser Arbeit, der Ebene des Verstehens einerseits und des Erklärens andererseits, orientiert. Um zu einem tieferen Verständnis des Wandels der Regierung der Freiwilligkeit zwischen 1985 und 2009 vorzudringen, wurden im ersten Teil der Ergebnispräsentation die Erkenntnisse der als Dispositivanalyse konzeptualisierten Gouvernamentalitätsstudie vorgestellt. Der Einsicht in die Multidimensionalität des Diskursiven wurde hier durch die dispositive Verknüpfung epistemischer, institutionen-, objekt- und körperbezogener Aussagen Rechnung getragen, die gleichsam den Blick für den facettenreichen Praxisvollzug der Regierungsprogramme geöffnet haben. Durch Anschluss an die empirische Diskursforschung erfuhr die Gouvernamentalitätsperspektive zudem eine method(olog)ische Systematisierung, die den meisten derartigen Studien, wie auch Denninger u.a. (2010: 212) betonen, fehlt.

Das Ergebnis dieses Analyseschritts waren drei, in Gestalt von Storylines präsentierte Dispositive der Freiwilligkeit – das traditionelle Ehrenamts-, das engagementspezifische Selbstverwirklichungs- und das Produktivitäts-Dispositiv –, die als sich überlagernde und ineinander übergehende multidimensionale Verknüpfungsordnungen gedacht werden müssen. Durch die ausführliche Herleitung der Dispositive der Freiwilligkeit wurde das erste zentrale Ziel dieser Forschungsarbeit, den (Be-)Deutungswandel des freiwilligen Engagements in Deutschland zwischen 1985 und 2009 nachzuzeichnen, in die Tat umgesetzt. Die nachfolgenden Kennzeichen haben sich hierbei als charakteristisch für die gesellschaftliche Neuverhandlung des freiwilligen Engagements im Untersuchungszeitraum erwiesen: Es wurde festgestellt, dass ehrenamtliches Engagement in der »expansiven Phase der Professionalisierung, Bürokratisierung und Verrechtlichung bundesrepublikanischer Sozialpolitik«, d.h. seit Ende der 1950er bis in die 1980er Jahre, in Westdeutschland »eher als Randphänomen« (Sachße 2000: 75) behandelt und gerade von den traditionellen Ehrenamtsorganisationen als Selbstverständlichkeit wahrgenommen wurde. Die Übernahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit, vorzugsweise in einem

Verband oder Verein, gilt im Rahmen des in diesem Zeitraum vorherrschenden traditionellen Ehrenamts-Dispositivs als ein altruistischer Akt der Selbstverpflichtung, für den sich die Freiwilligen aufgrund religiös-moralischer Überzeugungen bzw. familiärer und milieuspezifischer Verpflichtungen entscheiden.

Die empirische Analyse hat gezeigt, dass das traditionelle Ehrenamts-Dispositiv seit Mitte der 1980er Jahre um die Erzählung Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre ergänzt wurde. Ausschlaggebend hierfür waren einflussreiche gesellschaftliche Wandlungsprozesse, wie etwa die Deprivilegierung der Wohlfahrtsverbände und ihr Wandel zu »Dienstleistungsunternehmen« (Rauschenbach/Sachße/Olk 1995) in der ersten Hälfte der 1990er Jahre, die zunehmende Institutionalisierung der Neuen Sozialen Bewegungen sowie die gesellschaftlichen Individualisierungs- und Pluralisierungstendenzen. Freiwilliges Engagement entwickelte sich infolgedessen zunehmend zur sinngenerierenden Form der Freizeitgestaltung, in der – aufbauend auf der Wissensordnung des neuen Ehrenamtes – die individuellen Rückgewinnungserwartungen einer freiwilligen Betätigung, wie etwa Spaß, soziale Kontakte oder bessere Arbeitsmarktchancen, im Mittelpunkt stehen. Die Ausbreitung selbstgegründeter Projekte und die steigenden Engagiertenzahlen in Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen zeigen zudem, dass sich seitdem vor allem selbstbestimmte und zeitlich flexible Engagementgelegenheiten großer Beliebtheit erfreuen.

Seit Mitte der 1990er Jahre fand die Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre zwar auch Eingang in bundespolitische Debatten, wurde hier aber vor dem Hintergrund sozialstaatlicher Erschöpfungserscheinungen und gesellschaftlicher Desintegrationsbefürchtungen unter Rekurs auf den Produktivitätsgedanken inhaltlich neu gerahmt. In der seitdem sichtbar in Erscheinung tretenden engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung avanciert bürgerschaftliches Engagement unter beständiger Heranziehung des Potenzialbegriffs einerseits zum aktivierbaren Sozialkapital bei der Lösung gesellschaftlicher Krisen, sei es mit Blick auf die Krise der Arbeitsgesellschaft, die Folgen des demografischen Wandels oder die Entwicklung Deutschlands zum Einwanderungsland. Andererseits wird im Hinblick auf die Freiwilligen selbst von einem brachliegenden Engagementpotenzial gesprochen, das es zum Zwecke der Steigerung des individuellen und gesellschaftlichen Wohlergehens zu heben gelte. Vorangetrieben wurde dieser Prozess der produktivistischen Aufwertung des freiwilligen Engagements durch den Regierungsantritt der rot-grünen Bundesregierung, die das – auf die Engagementförderung fokussierte – Konzept der Bürgergesellschaft zum neuen Leitbild des aktivierenden Sozialstaatsumbaus stilisierte und im Zuge dessen die Initiierung engagementförderlicher Maßnahmen durch den Staat zur Notwendigkeit erklärte. Obwohl die verbale Hochkonjunktur engagementspezifischer Themen auf bundespolitischer Ebene mittlerweile der Vergangenheit angehört, wurde zur Jahrtausendwende hierdurch ein Prozess angestoßen, der in den letzten 14 Jahren zur Entwicklung einer Engagementpolitik als eigenständiges Politikfeld des Bundes beigetragen hat. In diesem Zeitraum fand insofern eine inhaltliche Schwerpunktverlagerung der bundespolitischen Debatten über bürgerschaftliches Engagement statt, als es in diesen immer weniger um ein aktivierendes Staatsverständnis ging, sondern vielmehr darum, das Engagementpotenzial bestimmter Personengruppen zu heben sowie Freiwillige stärker in die öffentliche Dienstleistungserbringung einzubeziehen.

Der hier in groben Zügen umrissene Wandel der Dispositive der Freiwilligkeit lässt sich auf die folgenden zentralen Entwicklungslinien zuspitzen, die sich bereits durch den Wechsel der in den untersuchten Dokumenten bevorzugt verwendeten Bezeichnungen für freiwillig ausgeübte Aktivitäten andeuten: Während ehrenamtliche Tätigkeiten lange Zeit unauffällig im Umkreis der Vereine und Verbände ausgeübt wurden, tritt freiwilliges Engagement, verstanden als individuell sinnstiftende Freizeitbeschäftigung, seit Mitte der 1980er Jahre zwar zunehmend aus dem Schatten der traditionellen Ehrenamtsorganisationen heraus, bleibt aber noch im persönlichen Nahraum des Einzelnen verortet. Erst durch die bundespolitische Bedeutungsaufwertung bürgerschaftlichen Engagements und die Initiierung erster engagementpolitischer Maßnahmen zur Jahrtausendwende wird das Bürgerengagement zur gesellschaftlich wertvollen Ressource für Selbst- und Nächstenhilfe stilisiert und mit entsprechender öffentlicher Aufmerksamkeit bedacht. Neu bestimmt wird in diesem Kontext jedoch nicht nur das Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit oder von individueller Sinnhaftigkeit und gesellschaftlichen Produktivitätserwartungen, sondern auch das Verhältnis von öffentlicher Sozialverantwortung und privater Eigenleistung. Letzteres verweist bereits auf einen weiteren Aspekt der Problemstellung dieser Forschungsarbeit, die es sich zum Ziel gesetzt hat, die zentralen Konsequenzen der sozialpolitischen Durchdringung des Engagementfeldes angesichts wohlfahrtsstaatlicher Transformationsprozesse im Sinne einer neuen Regierung der Freiwilligkeit offenzulegen.

Um die Frage nach den Charakteristika dieser neuen Regierung der Freiwilligkeit im Zuge des aktivierenden Sozialstaatsumbaus zu beantworten, wurde im Rahmen der Dispositivanalyse den folgenden Regierungstechnologien Aufmerksamkeit geschenkt: den in die engagementbezogene Produktivitäts-Erzählung eingelassenen Macht-Wissen-Komplexen, der Institutionalisierung der produktivistischen Wissensbestände im Rahmen engagementpolitischer Maßnahmen sowie der subjektbezogenen Anrufungspraxis in Gestalt der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers«. Die Aufdeckung der wahrheitserzeugenden Macht-Wissen-Komplexe hat erstens gezeigt, dass das weite Feld der Freiwilligkeit durch die soziokalkulative, quantitative Vermessung des engagementbezogenen Potenzials und der Lancierung einer spezifischen, alternative Darstellungen ausschließenden Vorstellung vom freiwilligen Engagement erst »regierbar« gemacht wurde (Bröckling/Krasmann/Lemke 2000b: 22). Folgende Wissensbestände haben sich hierbei als maßgeblich erwiesen: In Übereinstimmung mit der neosozialen Gouvernamentalität des aktivierenden Sozialstaatsumbaus wird Bürgerengagement insofern zum Allheilmittel gegen diverse gesellschaftliche Krisenerscheinungen erklärt, als sich hiervon nicht nur ein moralischer Zugewinn versprochen wird, sondern auch eine Steigerung der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit, sei es durch das Schließen von Versorgungslücken in der sozialen Dienstleistungserbringung, durch die Verbesserung der individuellen Arbeitsmarktposition oder die Entlastung der finanziell überforderten kommunalen Haushalte. Die hieraus resultierende hohe Nachfrage nach freiwillig erbrachten Leistungen wird ergänzt durch die auf der Wissensordnung des neuen Ehrenamtes beruhende Annahme, dass es ein hohes Angebot an prinzipiell engagementbereiten und somit aktivierbaren Bürgern gebe. Diese Behauptung brachliegender Engagementpotenziale, der durch die Heranziehung des vom Freiwilligensurvey und verschiedenen Expertenkommissionen bereitgestellten Spezialwissens Gültigkeit verliehen wird, entwickelt sich in den

2000er Jahren zur im politischen und medialen Kontext vielfach geteilten Wahrheit. Diese engagementbezogene Angebots- und Nachfragerhetorik mündet in das Bild des Freiwilligen-Marktes, der als epistemischer Kulminationspunkt der Verknüpfung sozialer und ökonomischer Produktivitätserwartungen betrachtet werden kann. Diese als Freiwilligen-Markt bezeichnete Umdeutung der Zivilgesellschaft in politischen Diskursen suggeriert einerseits, dass eine bedarfsgerechte Zusammenführung von Angebot und Nachfrage im Engagementbereich möglich sei. Andererseits bringt der Begriff des Freiwilligen-Marktes die in öffentlichen Debatten an das Bürgerengagement herangetragenen Erwartungen auf den Punkt, die zwischen einer diffusen, moralisch grundierten Gemeinwohlförderung und Überlegungen zur effektiven Ausschöpfung individueller Engagementressourcen oszillieren.

Zweitens wurde gezeigt, dass die engagementspezifische Produktivitäts-Erzählung durch die Bereitstellung der beschriebenen potenzialfokussierten Wissensordnung die Verabschiedung rechtlicher und institutioneller Vorgaben im Engagementbereich seit der Jahrtausendwende nahelegte und hierdurch günstige Bedingungen zur Etablierung einer staatlichen Engagementpolitik in Deutschland schaffte. Anhand konkreter institutioneller Neuerungen der 2000er Jahre, wie etwa der Initiative ZivilEngagement oder des Generationsübergreifenden Freiwilligendienstes, wurde ausführlich dargelegt, dass diese Wissensbestände gewissermaßen als Blaupausen der engagementpolitischen Reformen fungierten. Die staatliche Engagementpolitik kann vor diesem Hintergrund als ein Paradebeispiel für eine Politik mit dem Potenzial betrachtet werden, da es hierbei primär um die Frage geht, wie die noch ungenutzten individuellen Engagementressourcen durch geeignete institutionelle Maßnahmen gehoben und die Zahl der tatsächlich freiwillig aktiven Menschen – vorzugsweise in den Bereichen, in denen von politischer Seite eine hohe Nachfrage nach Freiwilligenarbeit konstatiert wird – erhöht werden kann. Außerdem ist die Engagementpolitik Ausdruck einer investiven Sozialpolitik, mit der die Bürger in die Lage versetzt werden sollen, ihr Sozialkapital in produktiver Weise für die Gesellschaft einzusetzen. Angesichts dieser inhaltlichen Verengung der bundespolitischen Engagementförderung ist es kaum verwunderlich, dass sowohl die demokratieförderlichen Implikationen¹ und das Kritikpotenzial des freiwilligen Engagements als auch seine möglichen unzivilen und antidemokratischen Erscheinungsformen hier nur am Rande thematisiert werden.

Dass die für die neosoziale Aktivierungsprogrammatik typische Anrufung des Einzelnen als im moralisch-sozialen und wirtschaftlichen Sinne rational handelndes Individuum auch im Falle der sozialpolitischen Neuverhandlung freiwilligen Engagements zum Tragen kommt, wurde drittens anhand der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« ausführlich dargelegt. Die Bezeichnung dieser Subjektivierungsfigur rührt daher, dass die Aufrufe an den Einzelnen, eine Freiwilligenarbeit zu übernehmen, untrennbar mit der Bürgerrolle verknüpft sind. Gleichzeitig findet eine erhebliche Responsibilisierung des Bürgers statt, der unter

1 | Zu einer ähnlichen Schlussfolgerung gelangen auch Dahme und Wohlfahrt: »Die Freiheit von Zwang und Arbeit, Muße also als Voraussetzung der Zivilgesellschaft und des politischen und sozialen Engagements – demokratietheoretische Gedanken, die sich bis Aristoteles zurückverfolgen lassen – ist nicht mehr Basis der Zivilgesellschaft neuen Typs.« (Dahme/Wohlfahrt 2009: 253)

dem Signum von Eigenverantwortung und -initiative zur tätigen Selbstsorge im Interesse der kollektiven Wohlfahrt angehalten wird. Freiwilliges Engagement folgt in diesem Kontext sowohl einer individuellen Logik, da Verantwortung für die Lösung persönlicher Probleme oder den Erhalt der arbeitsmarktrelevanten Kompetenzen gezeigt werden soll, als auch insofern einer sozialen Logik, als hiermit die Hoffnung verbunden wird, Krisenerscheinungen zu überwinden, personelle Versorgungslücken zu schließen oder die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit insgesamt zu steigern. Der Aufruf, seine Freizeit durch Übernahme eines freiwilligen Engagements nicht nur sinnvoll, sondern auch selbstverantwortlich, produktiv und sozialverträglich zu verbringen, wird hierbei stets von dem Versprechen einer allseitigen Win-win-Situation begleitet. Denn von einem freiwilligen Engagement, so der verbreitete Tenor, profitierten nicht nur die Empfänger freiwilliger Leistungen, sondern auch die Freiwilligen selbst und die Gemeinschaft als Ganzes. Vor diesem Hintergrund verwundert es kaum, dass die engagementspezifische Verantwortungsrhetorik mit dem universellen Anspruch einhergeht, dass im Grunde alle Bürger über freiwilliges Engagement nicht nur ihre individuelle Situation verbessern, sondern auch einen Beitrag zur kollektiven Wohlfahrtssteigerung leisten können. In der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« wird folglich die hier nur angedeutete widersprüchliche Anrufung des Einzelnen als Staats-, Markt- und Sozialbürger zu dem konsistenten Bild des »Gemeinwohlunternehmer[s]« (Zellner 2009: 221) verdichtet. Es besteht somit kein Zweifel daran, dass die aktivierungsprogrammatischen Verhaltensanforderungen der allseitigen Aktivität sowie der Eigen- und Sozialverantwortung, ähnlich der Subjektivierungsfiguren des »unternehmerischen Selbst« (Bröckling 2002a, 2007) bzw. des »Arbeitskraftunternehmers« (Pongratz/Voß 1998, 2003) im Arbeitsleben oder der Sozialfigur des »Alterskraftunternehmers« (Denninger u.a. 2014: 13) im Ruhestand, auch auf die potenziell als Sozialzeit nutzbare Freizeit übertragen werden.

Das zweite zentrale Anliegen dieser Forschungsarbeit bestand darin, den (Be-)Deutungswandel freiwilligen Engagements nicht nur zu konstatieren und nachzuverfolgen, sondern unter Berücksichtigung hegemonieanalytischer Erkenntnisse auch eine Erklärung für diesen Wandel der Dispositive der Freiwilligkeit zu finden. Konkret formuliert ging es hierbei um die Fragen, wie es zur Herausbildung des engagementbezogenen Selbstverwirklichungs- und Produktivitäts-Dispositivs Mitte der 1980er bzw. der 1990er Jahre kam und wie die internen Umbauten sowie die Normalisierung der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource auf der Ebene der Bundespolitik in den 2000er Jahren plausibilisiert werden können. Im Sinne einer »konfliktorientierten politischen Dispositivanalyse« (Winkel 2013: 194) wurde erstens davon ausgegangen, dass dispositive Verknüpfungsordnungen niemals vollständig fixiert, sondern wandelbar sind und dass zweitens die disponierten Subjekte das Netz der dispositiven Verknüpfungen in diskursiven Kämpfen weiterspinnen und so den Diskurs vorantreiben, stabilisieren und transformieren können. Die Hegemonieanalyse hat gezeigt, dass im vorliegenden Fall die institutionelle Dimension der Engagementförderung im Mittelpunkt diskursiver Auseinandersetzungen zwischen zwei gesellschaftlich-politischen Diskurskoalitionen stand. Da diese hegemonialen Konflikte wiederum mit einer grundsätzlichen Neubewertung der gesellschaftlichen Bedeutung freiwilligen Engagements einhergingen, war es möglich, über die Aufdeckung dieser Konflikte sowohl eine Erklärung für den Wandel der Dispositive der Freiwilligkeit

als auch für den sich darin abzeichnenden Policy-Wandel zu finden. Im Sinne einer »Denaturalisierung [...] des ›Natürlichen‹« (Nonhoff 2008a: 293) konnte die aktuelle Engagementpolitik des Staates so ihrer Selbstverständlichkeit enthoben und die Machtbedingtheit bzw. Nichtnotwendigkeit dieser Entwicklung aufgedeckt werden. Außerdem leistet diese Studie insofern einen wichtigen Forschungsbeitrag, als sie durch die Verknüpfung von Dispositiv- und Policy-Analyse eine Möglichkeit aufzeigt, sowohl die von Nonhoff (2006: 386) kritisierte Distanz zwischen Politik- und Diskurswissenschaft zu überwinden als auch die häufig geäußerte Erkenntnis, dass Diskurse stets umkämpft sind und immer neu ausgehandelt werden müssen (Graefe 2010: 299), in theoretisch-methodischer Hinsicht mit Leben zu füllen.

Bevor die zentralen Einsichten der Hegemonieanalyse nachfolgend überblicksartig dargestellt werden, sollen zuvor die opponierenden Positionen und Diskurskoalitionen kurz benannt werden: Die an der Erzählung vom traditionellen Ehrenamt orientierte bewahrend-sachliche Sichtweise wurde in den 1990er Jahren von der liberal-konservativen Bundesregierung sowie der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vertreten. Demgegenüber bildete sich eine der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre folgende reformorientiert-progressive Position heraus, deren Anhänger engagementbezogene Reformen von Seiten des Staates vehement einforderten. Um diese reformbegrüßende Sichtweise formierte sich seit Mitte der 1980er Jahre sukzessive eine breite gesellschaftlich-politische Diskurskoalition, die sich aus Vertretern der deutschen Dachverbände für Sport, Soziales und Kultur, Sozialwissenschaftlern, Freiwilligenvertretungen sowie den Bundestagsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS zusammensetzte.

Im Anschluss an die Argumentative Diskursanalyse Maarten A. Hajers und das Konzept der hegemonialen Strategie Martin Nonhoffs wurde gezeigt, wie sich die reformorientiert-progressive Position in Sachen Engagementförderung im Untersuchungszeitraum allmählich durchsetzen konnte und bei einer immer größeren Zahl diskursiver Eliten auf Zustimmung traf, bis sie nach dem Regierungsantritt der rot-grünen Bundesregierung im Jahr 1998 schließlich auch in die Tat umgesetzt wurde. Die Phase von 1985 bis 1998 entspricht somit den Kriterien der Diskursstrukturierung, da die reformorientiert-progressive Position in diesem Zeitraum zwar einen hohen Verbreitungs- und Rezeptionsgrad bei vielen gesellschaftlich-politischen Kräften gefunden hat, es aber angesichts der ablehnenden Haltung der damaligen liberal-konservativen Bundesregierung gegenüber regulierenden Eingriffen in den Engagementbereich noch nicht zur Durchführung institutioneller Reformen kam. Die Phase von 1998 bis 2009 kann hingegen als Diskursinstitutionalisierung bezeichnet werden. Es bildete sich hier eine umfassende reformbefürwortende Diskurskoalition zwischen allen Bundestagsfraktionen heraus, wodurch sich die Engagementpolitik als eigenständiges Politikfeld des Bundes etablieren konnte.

Die Durchsetzung der reformbefürwortenden Sichtweise wurde jedoch von intensiven Konflikten zwischen den verschiedenen Diskurskoalitionen begleitet, die eine Erklärung für den Wandel der Dispositive der Freiwilligkeit liefern können. So stellt die reformorientiert-progressive Position, die in den 1980er Jahren durch die Wissenschaft, die Vertreter der Vereins- und Verbandslandschaft sowie die Freiwilligen selbst zunehmend Unterstützung erfuhr, eine Gegenoffensive zur lange Jahre vorherrschenden Erzählung des traditionellen (alten) Ehrenamtes dar, in der die Verantwortung für die Schaffung geeigneter engagementspezifischer Bedin-

gungen vornehmlich bei den mit Ehrenamtlichen arbeitenden Organisationen lag. Mit der Forderung nach besseren organisationalen und politischen Rahmenbedingungen für das Ehrenamt ging gleichsam eine Neuinterpretation der sich wandelnden Bedingungen der Ehrenamtlichkeit einher, die unter Bezugnahme auf die Wissensordnung des neuen Ehrenamtes zu einer konsistenten Erzählung, der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre, verdichtet wurde. Die Analyse des Textkorpus hat zudem ergeben, dass vor allem die Spitzenverbände für Soziales, Sport und Kultur seit Anfang der 1990er Jahre erhebliche Anstrengungen – im Sinne weicher Steuerung – unternahmen, um auch die Bundestagfraktionen sowie die schwarz-gelbe Bundesregierung von der Notwendigkeit institutioneller Reformen im Engagementbereich zu überzeugen. Da diese durch die Kommunitarismusdebatte oder den Trend zur Verschlankung des Staates bereits für das Thema Ehrenamt sensibilisiert waren, stießen die progressiv-reformorientierte Position der deutschen Spitzenverbände sowie die Wissensbestände des neuen Ehrenamtes auch auf der bundespolitischen Ebene seit Mitte der 1990er Jahre zunehmend auf Gehör. Charakteristisch für die diesbezüglichen bundespolitischen Diskussionen war, dass hier vor allem die gesellschaftliche Bedeutung des freiwilligen Engagements angesichts einer umfassenden Krisendiagnostik aufgewertet wurde und diese Wissensbestände unter Betonung des Produktivitätsgedankens in eine neue Erzählung, die Storyline Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource, einfließen. Des Weiteren konnte sich die reformorientierte Position zunächst nur bei den Oppositionsfraktionen des deutschen Bundestages durchsetzen, während die liberal-konservative Bundesregierung an ihrer Nichtzuständigkeitsbehauptung in Sachen Engagementförderung festhielt.

Nicht nur die Herausbildung, sondern auch die internen Umbauten der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung zur Jahrtausendwende sowie ihre weitgehende Kontinuität in den 2000er Jahren können durch Rekurs auf die Konflikte um die institutionelle Dimension der Engagementförderung erklärt werden. Durch die nonhoffische Hegemonieanalyse der diskursiven Konflikte, die sich zur Jahrtausendwende um den Signifikanten »Bürgergesellschaft« entsponnen haben, wurde deutlich gemacht, dass das hegemoniale Projekt der »Bürgergesellschaft« – zumindest in der Anfangsphase – als ein weicher Steuerungsakt der rot-grünen Regierung verstanden werden kann, die nach ihrem Regierungsantritt im Jahr 1998 bewusst neue inhaltliche Impulse in den Diskurs einbrachte. Vom hegemonialen Projekt der »Bürgergesellschaft«, das zur endgültigen Durchsetzung der reformorientierten Position auf der bundespolitischen Ebene beitrug, gingen somit diskursive Erneuerungsimpulse aus, die ein Erklärungsmodell für die Diskursumbauten innerhalb der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung zur Jahrtausendwende liefern. In diesem Kontext bietet vor allem der leere Signifikant der »Bürgergesellschaft« eine Erklärung für die Normalisierung der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource auf der bundespolitischen Ebene in den 2000er Jahren: Erstens führte er als umfassende Forderung zu einer hegemonialen Schließung der bundespolitischen Debatten auf eine produktivistische Deutung des freiwilligen Engagements und zweitens trug er durch seine (Be-)Deutungsoffenheit zur Inkorporierung der zur Jahrtausendwende noch vorhandenen widerständigen Positionen in die sich entwickelnde Hegemonie der »Bürgergesellschaft« bei. Eine zusätzliche Stabilisierung erfuhr dieser leere Signifikant durch seine Verknüpfung mit anderen hegemonialen Dispositiven, wie etwa

den wohlfahrtsstaatlichen, demografischen und arbeitsgesellschaftlichen Wandlungsprozessen.

Damit sich eine dispositive Formation zur gesellschaftlich-kulturellen Hegemonie entwickeln kann, genügt es jedoch nicht, eine hohe Integrativkraft für disparate politische Positionen an den Tag zu legen oder durch einflussreiche Anschlussdispositive gestützt zu werden. Ein Dispositiv kann nur dann als hegemonial oder vollständig naturalisiert bezeichnet werden, wenn es sich auch »in den Köpfen, Herzen und Handlungsweisen der Subjekte [...] verfängt« (Lessenich/Otto 2005: 15) und sich in den Alltagserfahrungen der freiwillig Engagierten widerspiegelt. Dies ist der Grund, weshalb im Rahmen dieser Forschungsarbeit auch der Alltagspraxis der (potenziellen) Freiwilligen Aufmerksamkeit geschenkt wurde, deren Annahme, Abweisung und Ignoranz der engagementspezifischen Programmatik durch die Analyse von Zeitungsinterviews, von Positionspapieren verbandlicher Freiwilligenvertretungen sowie von quantitativen und qualitativen Freiwilligenbefragungen – zumindest überblicksartig – in den Blick genommen wurden. Dieser Analyseschritt diente der Überwindung der defizitären Berücksichtigung der Vollzugsperspektive in vielen Gouvernamentalitätsstudien, die Regierung zwar als komplexes Zusammenspiel von Fremd- und Selbstführung konzipieren, hierbei aber zu einer spiegelbildlichen Gleichsetzung von Programm und Praxis neigen. Aufgrund des Verzichts auf die Durchführung eigener Freiwilligenbefragungen können die ermittelten Erkenntnisse jedoch nur als allgemeine Trendaussagen gelesen werden. Im Rahmen zukünftiger Forschungsarbeiten erscheint es daher lohnenswert, die Analyse des nachfolgend skizzierten Selbstverständnisses der (potenziellen) Freiwilligen und ihrer Alltagspraktiken mittels ethnografischer oder interviewgestützter Verfahren, die z.B. bei Ott und Wrana (2010) und bei Denninger u.a. (2014) Verwendung finden, zu vertiefen und hierbei stärker hinsichtlich Altersgruppen und Engagementfeldern zu differenzieren.

Gerade mit Blick auf die Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre wurde gezeigt, dass diese ihre Festigkeit und Verbreitung u.a. den freiwillig Engagierten selbst verdankt, die sich nicht mehr mit der weisungsgebundenen und unauffälligen alten Ehrenamtsrolle zufrieden gaben. Stattdessen machten diese ihre Forderungen über mediale Stellungnahmen und Positionspapiere seit Ende der 1980er Jahre zunehmend publik und forderten sowohl von den Einrichtungen als auch von der Politik eine höhere Wertschätzung ihrer Arbeit sowie verbesserte Rahmenbedingungen offensiv ein. Außerdem hat die Analyse ergeben, dass sich in diesem Zeitraum immer mehr Ehrenamtliche aus den traditionellen Großorganisationen zurückzogen und sich eher in Bürgerinitiativen oder zeitlich begrenzten Projekten mit individuellem Problembezug engagierten. Durch diese alltagspraktische Umsetzung der Wissensordnung des neuen Ehrenamtes wirkten die sog. neuen Freiwilligen selbst an der Produktion und Verankerung der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre – gewissermaßen »von unten« – mit.

Nach einer derartigen alltagspraktischen Relevanz sucht man mit Blick auf die engagementspezifische Produktivitäts-Erzählung, die auf den Wissensbeständen des Selbstverwirklichungs-Dispositivs aufbaut, allerdings vergeblich. Diese ist bis heute überwiegend ein – wenn auch medial und wissenschaftlich flankiertes – politisches Projekt mit geringem Institutionalisierungsgrad geblieben. Das engagementbezogene Produktivitäts-Dispositiv konnte sich zwar, befördert durch die sich etablierende Hegemonie der »Bürgergesellschaft«, im Laufe der 2000er Jah-

re im bundespolitischen Kontext durchsetzen und normalisieren, doch handelt es sich hierbei um eine auf die Ebene der Bundespolitik begrenzte Hegemonie. Diese liefert lediglich eine Erklärung für die bundespolitische Fixierung der Freiwilligkeit im Sinne des engagementspezifischen Produktivitäts-Dispositivs sowie dafür, dass die in den 1990er Jahren noch heftig umstrittene Einführung engagementpolitischer Maßnahmen seitdem zu den selbstverständlichen Aufgaben des Staates gehört. Eine gesellschaftliche Normalisierung dieser Erzählung würde zusätzlich voraussetzen, dass sie sich auch in der Alltagspraxis und den Erfahrungen der Freiwilligen selbst niederschlägt und letztere sich der auf der bundespolitischen Ebene etablierten politisch-wissenschaftlichen Diskurskoalition anschließen. Die Analyse von Zeitungsinterviews mit freiwillig Engagierten sowie von quantitativen und qualitativen Freiwilligenbefragungen hat jedoch gezeigt, dass freiwilliges Engagement zwar allgemein befürwortet und vielfach praktiziert wird, viele Freiwillige jedoch eine vom Produktivitätsparadigma abweichende Prioritätensetzung verfolgen: Neben den alten Ehrenamtlichen scheint es immer mehr neue Ehrenamtliche zu geben, die sich bevorzugt kurzfristig und projektbezogen engagieren und bei denen das Bedürfnis, anderen zu helfen, untrennbar mit Spaß, Qualifikationserwerb und anderen Rückgewinnungswünschen verbunden ist. Von einer bedarfsgerecht einsetzbaren Ressource, von der gerade in bundespolitischen Debatten immer wieder die Rede ist, ist diese Form des selbstbestimmten und biografisch fundierten freiwilligen Engagements weit entfernt. Die empirischen Ergebnisse haben zudem gezeigt, dass viele Freiwillige den engagementpolitischen Maßnahmen des Bundes eher kritisch gegenüberstehen und eine Instrumentalisierung sowie Ausbeutung des Ehrenamtes angesichts eines sich zurückziehenden Sozialstaates befürchten. Einen zentralen Stellenwert nehmen in der Wahrnehmung der Engagierten zudem die alltäglichen Probleme einer freiwilligen Tätigkeit ein, die, wie etwa Überforderung oder die Vereinbarkeit mit Familie und Beruf, im bundespolitisch forcierten Produktivitätsparadigma nur selten zur Sprache kommen.

Auch von Seiten der Ehrenamtsforschung sowie der mit Freiwilligen arbeitenden Organisationen wird im Laufe der 2000er Jahre zunehmend Kritik an der Diskontinuität und Dienstleistungsfokussierung der Engagementförderungspraxis des Bundes laut. So spitzt beispielsweise Rupert Graf Strachwitz seine Kritik am Bundesfreiwilligendienst, der für ihn ein Paradebeispiel für die Instrumentalisierung der produktiven Potenziale des Ehrenamtes durch den Staat darstellt, auf folgende Feststellung zu: »Es wird Gegenbewegungen geben. Über noch mehr Politikverdrossenheit braucht sich jedenfalls niemals wundern. Und über Proteste auch nicht.« (Strachwitz 2011: 6) Öffentlichkeitswirksame Proteste sind, zumindest was die staatliche Engagementpolitik anbetrifft, bislang ausgeblieben, doch zeigt die Zunahme politischer Protestaktionen, sei es gegen Atomkraft oder »Stuttgart 21«, dass sich die Bürger hier einer Beteiligungsform bedienen, die im engagementspezifischen Produktivitäts-Dispositiv eher marginalisiert wird und die nur wenig mit dem politisch favorisierten Bürgerengagement im sozialen, gesundheitlichen oder karitativen Bereich gemeinsam hat.

Gegen eine derzeitige gesellschaftliche Universalisierung des engagementspezifischen Produktivitäts-Dispositivs spricht zudem, dass die Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource im gesamten Untersuchungszeitraum ihren appellativen Tonfall beibehält. Der bereits bestehende Engagementumfang wird zwar immer wieder lobend erwähnt, doch wird gerade

angesichts des steigenden Engagementpotenzials und der begrenzten Reichweite von potenzialfokussierten Modellprogrammen kontinuierlich an die Engagementbereitschaft der Bürger appelliert, die, so die politische Argumentation, noch immer zu großen Teilen brachliege. Die Verschärfung der moralischen Verantwortungssappelle an all diejenigen, die bislang kein freiwilliges Engagement ausüben, kann vor allem darauf zurückgeführt werden, dass nach wie vor eine »erhebliche Diskrepanz zwischen den politischen Erwartungen an das zivilgesellschaftliche Engagement der BürgerInnen und dem tatsächlichen Potenzial engagierten Handelns für die Herstellung des Sozialen« besteht (Aner 2006: 53f.). Dieses Missverhältnis macht es aus politischer Sicht erforderlich, die appellative Aktivierungsrhetorik aufrechtzuerhalten oder gar zu intensivieren.

Die referierten Befunde lassen den vorsichtigen – allenfalls vorläufigen – Schluss zu, dass es im Untersuchungszeitraum lediglich zu einer partiellen Hegemonialisierung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung kam. Die produktivistischen Wissensbestände konnten sich zwar angesichts der Interpretationsoffenheit des leeren Signifikanten »Bürgergesellschaft« auf der bundespolitischen Ebene gerade mit Blick auf die Etablierung einer staatlichen Engagementpolitik weitgehend normalisieren, doch scheint ihre Durchsetzung auf der alltagspraktischen Ebene der Freiwilligen noch am Anfang zu stehen. Dies unterscheidet das engagementspezifische Produktivitäts-Dispositiv grundlegend von den multidimensionalen Storylines des traditionellen Ehrenamtes und der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre, die sich auch in den Erfahrungen der Engagierten wiederfinden und folglich als gesellschaftlich deutlich gefestigter betrachtet werden können.

Nachdem nun die zentralen Ergebnisse dieser Forschungsarbeit resümierend dargelegt worden sind, soll abschließend nach den Konsequenzen der neuen Regierung der Freiwilligkeit für die Zukunft des freiwilligen Engagements in Deutschland gefragt werden. Die Beschaffenheit der deutschen Engagementpolitik sowie die an den einzelnen Bürger gerichteten moralbasierten Appelle zur Engagementaufnahme lassen keinen Zweifel daran, dass sich der sozialpolitische Umgang mit freiwilligem Engagement nahtlos in den seit Mitte der 1990er Jahre angestoßenen Prozess der interpretativen Neuauslegung des Leitbildes wohlfahrtsstaatlicher Sicherung in Richtung Eigenverantwortung und Individualrisiko einfügt (vgl. Lesenich 2003: 305). Bei diesem Trend zur Reprivatisierung des Risikos handelt es sich jedoch, wie Sachße treffend bemerkt, nicht »um kosmetische Korrekturen und Ergänzungen« (Sachße 2000: 87), sondern um eine grundsätzliche Verschiebung der Grenze zwischen Sozialstaat und Individuum bzw. zwischen Öffentlichkeit und Privatheit. Dahme und Wohlfahrt bringen diesen Prozess der Subjektivierung sozialer Problemlagen, d.h. den sukzessiven Übergang von der sozialstaatlichen Absicherung zur individuellen Selbstsorge, folgendermaßen auf den Punkt:

»Die Produktion, der Unterhalt und die Pflege öffentlicher Güter wird – ganz im Sinne des neoliberalen oder neosozialen Sozialstaatsumbaus – nicht länger als Aufgabe der Öffentlichen Hand betrachtet, sondern auch des Bürgers, der als *stakeholder* versagt, wenn öffentliche Plätze verwahrlosen [...] oder die Kriminalitätsrate steigt.« (Dahme/Wohlfahrt 2009: 253, Herv. i.O.)

Die Bürger aber auch intermediäre Organisationen, wie Vereine, Wohlfahrtsverbände, Selbsthilfeszentren oder Freiwilligenagenturen, werden vom aktivierenden Staat folglich als Verantwortungsträger mobilisiert und ihnen wird ein fester Platz im Rahmen der neosozialen Aufgabenverteilung zugewiesen. Ein genauerer Blick auf diese Verantwortungsaktivierung bestätigt die in der Forschungsliteratur vielfach benannte Feststellung, dass dezentrale Akteure hierdurch zwar immer stärker in die öffentliche Dienstleistungserbringung eingebunden werden, dies aber keineswegs zur Ausweitung ihrer Gestaltungsspielräume führt (Maaser 2006: 46; Dahme/Wohlfahrt 2009: 256f.). Verschiedene Merkmale der Engagementpolitik des Bundes, wie etwa die verstärkte politische Aktivierung freiwilligen Engagements im sozialen Dienstleistungsbereich, der besonders stark von personellen und finanziellen Versorgungslücken betroffen ist, die inkonsistente engagementpolitische Modellfinanzierung, die nicht selten mit inhaltlichen Vorgaben seitens der Politik einhergeht, sowie die Aufwertung der helfenden und karitativen Formen des freiwilligen Engagements zulasten ihrer demokratischen Protest- und Kritikfunktion, deuten eindrücklich darauf hin, dass es hierbei nur am Rande um die kreative Entfaltung zivilgesellschaftlicher Potenziale oder die gleichberechtigte Teilhabe an öffentlichen Angelegenheiten geht. Obwohl der Staat in den letzten Jahren vornehmlich als Gewährleistungsstaat in Erscheinung tritt, unterliegt die den intermediären Organisationen und Bürgern übertragene konkrete Verantwortungsrealisierung somit in hohem Maße staatlicher Lenkung (Dahme/Wohlfahrt 2009: 260). Wolfgang Maaser befürchtet deshalb, dass diese restriktiven und regulativen Tendenzen der neosozialen Aktivierungsprogrammatisierung ein Verblässen bzw. Zurücktreten des Prinzips der Freiwilligkeit zur Folge haben (Maaser 2006: 46): »Das für Verantwortung substantielle Element freiwilliger Selbstbindung und die individuelle Freiheit als Basis der Vorstellung vom Guten verdunsten in den Steuerungen bei gleichzeitiger semantischer Aufwertung.« (Ebd.) Hieraus resultiert seiner Ansicht nach eine eigentümliche Verknüpfung von Mobilisierung und Disziplinierung sowie von Ermächtigung und Regulierung dezentraler Verantwortungsträger, die für den voranschreitenden neosozialen Staatsumbau typisch zu sein scheint (ebd.).

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage: Leitet die neue Regierung der Freiwilligkeit tatsächlich das Ende derselben ein? Zumindest was die bundespolitische Regulierung des Engagementfeldes anbetrifft – erinnert sei an die Einrichtung eines Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben zur Organisation des Bundesfreiwilligendienstes oder an die zahlreichen engagementpolitischen Versuche, das vermeintliche Engagementpotenzial von bislang unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen durch gezielte Motivierungsversuche zu heben – erhärtet sich der Eindruck, dass es sich hierbei eher um Initiativen *für* die Bürgergesellschaft und weniger um die Zusammenarbeit *mit* der Bürgergesellschaft handelt. Die für den neosozialen Staatsumbau typische Dialektik von Mobilisierung und Regulierung birgt somit zweifelsohne die Gefahr in sich, dass hierdurch die bürgerschaftlichen Gestaltungskräfte selbst geschwächt werden und die gegenwärtige Politik auf diese Weise die Etablierung jener Zivilgesellschaft gefährdet, deren Förderung sie sich eigentlich verschrieben hat (Dahme/Wohlfahrt 2009: 262). Vom Verschwinden oder gar einem Ende der Freiwilligkeit zu sprechen, wäre jedoch zu voreilig: Die anhaltende Beliebtheit flexibler und selbstbestimmter Engagementformen oder auch die Ausweitung bürgerlicher Pro-

testformen belegen, dass dieses Prinzip keinesfalls dem Untergang geweiht ist. Es bleibt abzuwarten, ob diese dem engagementspezifischen Produktivitätsgedanken oftmals widersprechenden Engagementformen zukünftig zu einem Umbau der Regierung der Freiwilligkeit beitragen können, in dessen Folge die Bedürfnisse und Wünsche der engagierten Bürger wieder mehr Aufmerksamkeit erfahren.

